

Jetzt sollen auch Kinder gegen Corona geimpft werden

Aus der Bundesregierung gab es vermehrt Stimmen, wonach eine Impfung von Kindern und Jugendlichen erwünscht ist. Bundesbildungsministerin Karliczek fordert einen Fahrplan für Impfungen von Kindern ab zwölf Jahren in allen Bundesländern. Nach dem Willen der Ministerin soll sich der Impfpfibel mit dem Thema befassen. Bis zum Schulbeginn dürfte eine Durchimpfung aller Schülern aber schon aus zeitlichen Gründen scheitern. Die Ema will zwar möglichst noch in diesem Monat über die Zulassung des Corona Impfstoffs von Biontech/Pfizer für ältere Kinder entscheiden. Bundesgesundheitsminister Spahn hatte zuvor einen späteren Zeitpunkt als möglichen Beginn von Coronaimpfungen für Schüler genannt. Jetzt müssten dafür genügend Biontech-Dosen reserviert werden. Der US-Pharmahersteller Moderna will eine europäische Impfstoffzulassung für Kinder von 12 bis 17 Jahren beantragen.



Der neue Armuts- und Reichtumsbericht wird demnächst von der Bundesregierung beschlossen. Nachdem die Armut in Deutschland lange Zeit zunahm, liegt sie mittlerweile bei 16 Prozent der Bevölkerung. Dabei sind noch nicht die Jahre 2020 und 2021 berücksichtigt und die Auswirkungen der Corona-Beschränkungen, die insbesondere den Mittelstand und die Geschäftstreibenden schwere finanzielle Einbußen zugefügt haben. Auch quer durch die anderen Bevölkerungsschichten dürften sich Einschnitte abzeichnen, die sich auf die Armutsquote auswirken.

Deutschland will griechische Asylbewerberkosten tragen

Deutschland bietet Griechenland die Übernahme von Kosten für Asylbewerber an. Asylsuchende sollten von hier nach Griechenland gebracht werden, wenn sie dort anerkannt seien. In Deutschland gibt es viele Asylbewerber, deren Antrag zuvor in Griechenland anerkannt wurde. Nun bietet die Bundesregierung offenbar der Regierung in Athen an, Flüchtlingskosten zu übernehmen. Ziel sei es, Asylbewerber, die sich in Deutschland aufhielten, aber in Griechenland anerkannt seien, wieder dorthin zurückzubringen und bei der Gelegenheit auch direkt die Kosten zu übernehmen.

Neben der andauernden unerlaubten Weiterreise von Asylbewerbern kämen inzwischen monatlich rund 1000 in Griechenland bereits anerkannte Asylbewerber in die Bundesrepublik, um neue Anträge zu stellen. Sie würden nicht rückgeführt - vor allem, weil ihnen laut deutschen Gerichten mangelhafte Versorgung oder gar Obdachlosigkeit drohten.

Asylanten rufen antisemitische Töne auf Kundgebungen

Die Gewalteskalation im Nahen Osten wird auch auf deutschem Boden ausgetragen. Unterstützung finden jetzt antisemitische Kundgebungen ausgerechnet von jenen, die als „Aufbauhelfer, Kulturbereicherer und Fachkräfte“ gefeiert werden. So wurden in NRW laut Innenministerium syrische Asylbewerber, die auf Kundgebungen ihren Hass nicht verschweigen konnten.

Vorfälle mit antisemitischem oder antiisraelischem Bezug haben in dieser Woche bereits den Innenausschuss im NRW-Landtag beschäftigt. Wie das Innenministerium dem mitteilte, haben die Polizeibehörden in NRW bis zum 21. Mai 2021 insgesamt 77 Vorfälle mit

antisemitischem oder antiisraelischem Bezug gemeldet. Insgesamt seien 125 Tatverdächtige erfasst worden. 45 Personen wurden demnach namentlich identifiziert. Unter den Tatverdächtigen seien auch syrische Asylbewerber. Für sie gilt ein Abschiebestopp. Es sei aber nicht ausgeschlossen, dass sich im Verlauf der weiteren Ermittlungen auch Asylanten und sogenannte „Flüchtlinge“ anderer Herkunft unter den Tatverdächtigen befinden könnten.

Wir Republikaner vertreten generell die Ansicht, dass straffällige Asylbewerber abgeschoben werden müssen. Aktuell gilt ein Abschiebeverbot, welches unbedingt aufgehoben werden muss. Es sei Sache der Ausländerbehörden im Einzelfall zu

prüfen, ob Straftaten Auswirkungen auf die Aufenthaltserlaubnis haben. Es muss aber die Möglichkeit wieder bestehen, dass eine Rückführung erfolgen kann.

In NRW hatte es in den vergangenen Wochen mehrere Demos und Vorfälle als Antwort auf den Nahost-Konflikt gegeben. Nicht immer blieb es bei den Protesten friedlich. So hatte in Münster eine Gruppe Männer vor der Synagoge antijüdische Parolen gerufen und eine Israel-Flagge verbrannt. Der Staatsschutz ermittelt jetzt gegen 13 Männer. In Gelsenkirchen riefen Demonstranten in Sprechchören judenfeindliche Parolen. Auch in anderen NRW-Städten wurden israelische Flaggen angezündet.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE REPUBLIKANER REP

Linksextremisten legen Stromnetz lahm - 20.000 Münchner betroffen

Der Stromausfall hatte ungewöhnlich lange gedauert, weil rund 50 Stromkabel der Mittelspannung vollkommen zerstört wurden. In der Folge fielen etwa 150 Trafostationen aus. Passanten hatten erst ein seltsames Knistern und dann einen Knall gehört. Als die Feuerwehr eintraf, loderten Flammen aus der Grube. Das Brandbild in der etwa einen Meter tiefen Grube weist auf Brandstiftung hin, hatte ein Polizeisprecher bereits am Freitag erläutert. Genaueres wollte er zunächst nicht sagen, die Analysen der Brandfahnder seien noch nicht abgeschlossen. „Wir sind noch am Anfang der Ermittlungen. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben machen, ob es Zusammenhänge mit anderen Delikten gibt“, betonte der Sprecher. Inzwischen sind jedoch weitere Erkenntnisse durchgesickert, die offenbar lieber verheimlicht worden wären, denn immer mehr spricht dafür, dass es sich um einen gezielten Anschlag einer linksextremen Gruppierung handelt. Das geht aus einem Bekennterscheiben hervor, dass am Wochenende auf der Online-Plattform „Indymedia“ aufgetaucht war. In dem Schreiben erklärten die Verfasser, das Strom- und Glasfasernetz im Osten der Landeshauptstadt gezielt angegriffen zu haben. Ziel der Attacke sei der Elektronik- und Rüstungskonzern Rohde & Schwarz in der Nähe des Ostbahnhofes gewesen. Die Firma beliefert unter anderem auch staatliche Stellen mit elektronischer Mess- und Fernmeldetechnik. Zudem wurden auch ökologische Motive, bezugnehmend auf den Stadtratsbeschluss zum Forst Kasten.

Staatliche Zuwendungen für Linksextreme streichen

Für Linke aller Schattierungen ist neben dem Antikapitalismus der sogenannte Antifaschismus die zentrale Aktionsachse. Dabei gelingt es ihnen immer wieder, „rechts“ mit Rechtsextremismus gleichzusetzen und den Kampf gegen Rechtsextremismus in einen „Kampf gegen rechts“ zu transformieren. Diese Sprachregelung ist weit in die Medien, ins Bildungswesen und in die Parlamente vorgedrungen. Im „Kampf gegen rechts“ ist nahezu alles erlaubt. Davon sind nicht nur tatsächliche Rechtsextremisten und Neonazis betroffen, sondern auch Liberale und Konservative. Inzwischen gelten alle als „Rechte“, die nicht explizit „links“ sind.

Der „Kampf gegen rechts“ hat dazu beigetragen, dass die antidemokratische und gewalttätige Dimension des Linksextremismus vielfach unbeachtet bleibt. Schlimmer noch ist, dass über Umwege sogar eine Finanzierung durch Steuergelder immer wieder festzustellen ist. Damit werden Linksextremisten nicht nur in ihrem wirren und gefährlichen Handeln bestärkt, sondern auch die Strukturen wirtschaftlich unterstützt. Deshalb ist es auch unserer Sicht notwendig, dass vor der Förderung von Projekten, Vereinigungen und Personen festgestellt wird, ob diese sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Was gegen „Rechtsextremismus“ fast selbstverständlich praktiziert wird, muss endlich auch Einzug erhalten, wenn es um andere Bezuschussungen geht. Deshalb: Keine Steuergelder für Extremisten, egal welcher politischen Richtung.

Landtagswahlen Berlin- jetzt streichen

Damit wir an den anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen in Berlin teilnehmen können, ist die Mitwirkung jener gefragt, die in Berlin leben. Demnächst beginnt die Unterschriftensammlung für die Wahlzulassung. Sollten Sie unseren wichtigen Antritt mit einer notwendigen Unterschrift unterstützen wollen, dann wenden Sie sich bitte an den Landesverband (berlin@rep.de) oder den Bundesverband (kontakt@rep.de).

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

**DIE REPUBLIKANER
REP**

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.